

oder den einzelnen Bürger zum „Völkerrechtssubjekt“ zu erheben, das der staatlichen Souveränität entgegen gestellt wird.

Dieser Praxis bedienen sich politische Kräfte und offizielle Regierungsstellen der USA, also eines Staates, der bekanntlich bis zum heutigen Tage lediglich drei der neunzehn bedeutenden internationalen Menschenrechtsdokumente ratifiziert hat. Dieser Praxis bedienen sich auch jene in der BRD, die mit massiven anti-kommunistischen Hetzkampagnen vor, während und nach der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auftraten, um ihre Einberufung, ihren erfolgreichen Abschluß und schließlich die Verwirklichung der von ihr vereinbarten Schlußakte als Ganzes zu verhindern.

#### Menschenrechte und gesellschaftlicher Fortschritt

Der Sowjetunion vor allem ist es zu verdanken, daß in der UNO-Charta und in den UNO-Menschenrechtskonventionen die Menschenrechte nicht auf die begrenzten bürgerlichen Grundrechte reduziert wurden, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ihr Recht, im Frieden zu leben, zum Hauptinhalt dieser Dokumente wurden. Der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist es zu verdanken, daß in der Schlußakte von Helsinki (Abschn. Ia Ziff. VII) die „universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ behandelt wird, „deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen“ und damit für „die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit“ zwischen den Staaten ist.

Welche verheerenden Wirkungen die Verweigerung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, z. B. des Rechts auf freie Information infolge des kapitalistischen Pressemonopols, und die Saat des Antikommunismus und Antisowjetismus hinsichtlich der Verkrüppelung des Geistes der Menschen hat, zeigt ein Vorgang aus den USA des Jahres 1976. Dort waren mehr als 2 000 Washingtoner Regierungsbeamten Auszüge aus einem Dokument vorgelegt worden. Es wurde ihnen anheimgestellt, darunter ihre Namen zu setzen oder ihre Unterschrift zu verweigern. Wie sich später herausstellte, handelte es sich um Auszüge aus der Virginia Bill of Rights, der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776. In ihr heißt es beispielsweise: „Alle Macht kommt dem Volke zu und wird folglich von ihm hergeleitet“ oder: „Die Regierung ist oder sollte eingerichtet sein für das gemeinsame Beste, für den Schutz und die Sicherheit des Volkes, der Nation oder Allgemeinheit ...“<sup>18</sup> — 68 Prozent der USA-Beamten müssen offenbar solche Grundsätze sehr „anrühlich“, ja kommunistisch erschienen sein. Sie verweigerten ihre Unterschrift. Diese USA-Staatsdiener bezeichneten den ihnen vorgelegten Text als „Kommunistendreck“.<sup>19</sup> Sie wußten den Kommunisten nichts Besseres nachzusagen, als daß sie die Menschenrechte hochhalten.

Es ist gut, sich im 60. Jahr der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution an diesen Kontrast zum 200. Jahrestag der USA zu erinnern. „Die Kommunisten stürmten die alte Welt, die Welt der Ausbeutung und Unterdrückung, die Welt der Ungerechtigkeit

und Gewalt, die Welt der Eroberungskriege.“<sup>20</sup> Sie schufen damit die Voraussetzungen und setzten die Kräfte frei, um den Sinn des Sozialismus auszuprägen und zu erfüllen: „Alles für den Menschen, alles zum Wohle des Menschen“ zu tun. Und das bleibt der Sinn des Sozialismus: Den Menschen Frieden bringen und gemeinsam mit den Menschen Frieden und Sicherheit zu schaffen, damit solche Menschenrechte wie die auf Arbeit, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherheit und die freie Entwicklung der Persönlichkeit voll wahrgenommen werden können.

Der Rote Oktober vermittelte der nationalen Befreiungsbewegung mächtige Impulse, unter deren Ansturm das Kolonialsystem des Imperialismus zerbrach. Immer deutlicher wird in unserer Zeit der wahrhafte Sinn nationaler Befreiung: die politische Befreiung der jungen Nationalstaaten durch die ökonomische zu ergänzen. Denn es bleibt der Sinn dieser Befreiung: im antiimperialistischen Kampf, an der Seite der sozialistischen Staaten, die anstehenden gigantischen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen und damit die Menschen aus der Nacht kolonialer Rückständigkeit und vom Hunger zu befreien. Wichtigste Grundbedingung dafür ist der Frieden.

Der Rote Oktober bewirkte, daß die Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung gewaltig wuchsen und ihr „Kampf gegen die Ausbeutung und die Allmacht der Monopole, für Demokratie und Sozialismus immer größere Dimensionen“<sup>21</sup> annimmt. Der Sinn des Klassenkampfes der Arbeiterklasse war, ist und bleibt, Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen, sich das Recht auf Frieden und freie Entwicklung zu erkämpfen und diese Rechte für den gesellschaftlichen Fortschritt einzusetzen.

Der Rote Oktober ist ein historisches Ereignis, dessen Größe mit jedem neuen Erfolg der Sache des Friedens und bei der Verwirklichung der Menschenrechte sichtbarer hervortritt. Der Rote Oktober schuf die reale Möglichkeit, dauerhaften Frieden zur natürlichen Lebensform der Völker zu machen. Er ist deshalb und wird stets sein der Oktober, von dem Menschlichkeit, Menschenrecht und Menschenwürde ausgehen.<sup>1 11</sup>

- 1 F. Engels, „Flüchtlingsliteratur. X. Eine polnische Proklamation“, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1963, S. 527.
- 2 K. Marx, „Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg“, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 7.
- 3 W. I. Lenin, „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“, in: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 422 f.
- 4 W. I. Lenin, „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution“, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 34 u. 36.
- 5 Zitiert nach V. Gustschin, „Aufbau, Frieden, Solidarität“, Neue Zeit (Moskau) 1977, Heft 14, S. 4 f.
- 6 Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa, Dokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (Berlin 1976), Berlin 1976, S. 13.
- 7 U. S. News and World Report vom 7. März 1977.
- 8 International Herald Tribune (New York) vom 3. März 1977.
- 9 n Messagero (Rom) vom 8. April 1977.
- 10 Deutschlandfunk am 23. April 1977.
- 11 Die Welt (Bonn/Westberlin) vom 7./8. April 1977.
- 12 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. März 1977.
- 13 Deutschlandfunk am 23. April 1977.
- 14 (West-)Berliner Stimme am 14. Mai 1977.
- 15 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. April 1977.
- 16 H. Kohl, Rede auf dem CDU-Parteiabend, Düsseldorf, 8. März 1977.
- 17 Vgl. B. Graefrath, „Internationale Zusammenarbeit der Staaten zur Förderung und Wahrnehmung der Menschenrechte“, NJ 1977 S. 1 ff.
- 18 Abgedruckt bei: H. Klenner, Studien über die Grundrechte, Berlin 1964, S. 141.
- 19 Frankfurter Rundschau vom 5. Juli 1976.
- 20 Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, ND vom 4. Februar 1977, S. 5.
- 21 Ebenda.